



Pressemitteilung

27. März 2025

Pressemitteilung der kommunalen Landesverbände

Kommunen warnen vor Vollbremsung beim Ganztagsausbau

„Beim Ausbau der Ganztagschulen droht eine Vollbremsung. Die zunächst verfügbaren Fördermittel sind nahezu vollständig gebunden. Für rund 180 Projekte mit einem Fördervolumen von 220 Mio. Euro droht der Förderstopp“ warnten die Geschäftsführer der Kommunalen Landesverbände **Dr. Sönke Schulz** (LKT), **Marc Ziertmann** (StV) und **Jörg Bülow** (SHGT) vor dem am 28. März anstehenden Bericht der Landesregierung im Landtag.

„Dazu darf es nicht kommen und wir fragen uns, ob die Landesregierung dafür vorgesorgt hat“, so die Kommunalen Landesverbände weiter. Rund ein Jahr vor Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung dürfe das Land den Ausbau nicht stoppen. Die Schulträger investierten derzeit mit rund 400 Projekten im Gesamtumfang von 500 Mio. Euro in den Ausbau von Ganztagschulen, um für 2026 gerüstet zu sein. Sie seien dringend darauf angewiesen, die beantragten Mittel zeitnah in Höhe des mit der Landesregierung vereinbarten Fördersatzes von 85 Prozent zu erhalten.

Das neue Sondervermögen des Bundes zur Infrastruktur biete dem Land die Chance, den Ganztagsausbau aus seinem Anteil an den Mitteln durchzufinanzieren, erläuterten die Kommunalen Landesverbände weiter. „Die Kommunen erwarten, dass das Land schnell eine entsprechende Zusage trifft und für die Schulträger Planungssicherheit schafft“. Damit es weiter Förderbescheide geben kann, könnte das Land zunächst vorfinanzieren, so **Schulz**, **Ziertmann** und **Bülow** weiter.

Abschließend verwiesen die Kommunalen Landesverbände darauf, dass es auch hinsichtlich der Finanzierung der Betriebskosten und der Rahmenbedingungen noch zahlreiche offene Punkte und keine Einigung gebe. „Gerade deswegen ist es so wichtig, dass wir zumindest bei den Investitionen, die einen erheblichen Vorlauf benötigen und über das Jahr 2026 hinaus reichen werden, schnell Planungssicherheit bekommen.“

Zum Hintergrund: Im September 2023 hatten sich Land und Kommunen darauf geeinigt, dass die Investitionen der Schulträger mit Bundes- und Landesmitteln zu 85 Prozent gefördert werden. Auf dieser Grundlage haben bereits zahlreiche Ausbauprojekte einen Förderbescheid erhalten. Die Betriebskosten werden vom Land zu 75 Prozent übernommen.